

---

# DAKS-Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 04/10  
Nr. 55

---

## 1. Neue Kampagne: „AKTION AUFSCHREI – Rüstungsexporte ächten, den Opfern eine Stimme geben!“

*von Jürgen Grässlin*

In ihren Rüstungsexportberichten zeichnen die beiden großen christlichen Kirchen (GKKE-Bericht) und das Friedensforschungsinstitut SIPRI in Stockholm ein erschreckendes Bild: Mit weiter gesteigerten Rüstungsexporten hat Deutschland im Jahr 2008 seine Position als weltweit drittgrößter Waffenexporteur weiter ausgebaut. Die Bundesregierung erteilte Einzelausfuhrgenehmigungen im Wert von 5,78 Milliarden Euro, rund zwei Milliarden mehr als im bisherigen Rekordjahr 2007. Ganz legal liefert Europameister Deutschland Großwaffensysteme bzw. deren Teile selbst an kriegsführende Nato- und Nato-assoziierte Staaten.

Laut GKKE-Bericht genehmigt die Bundesregierung selbst den Export von Waffen oder deren Teile an als „problematisch“ einzustufende Empfängerländer, in denen nicht nur die Menschenrechtssituation „sehr schlecht“ ist, sondern zudem „interne Gewaltkonflikte“ herrschen. Zu diesen Staaten zählen u. a. die Türkei, Israel, Russland, Pakistan und Indien.

Mit „Verkaufsschlagern“ wie Panzern des Typs Leopard-2A4, teilweise im Ausland in Lizenz gefertigten deutschen U-Booten des Typs 214, mit in Kooperationen produzierten Kampfhubschraubern und Militärjets wie dem Eurofighter, werden unschuldige Menschen in Kriegsgebieten bedroht und getötet – und Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden. Rüstungsproduzierende Unternehmen, wie beispielsweise

Daimler/EADS, Rheinmetall, ThyssenKrupp, Krauss-Maffei Wegmann, Diehl und MTU Aero Engines, profitieren vom Verkauf, dem Kriegseinsatz, dem Verschleiß, den Reparaturen und Nachbestellungen ihrer Waffen. Sie sind Profiteure der weltweit mehr als 30 tobenden Kriege.

Besonders dramatisch ist die Entwicklung im Bereich der so genannten „Kleinwaffen“, zu denen Pistolen, Maschinenpistolen, Sturmgewehre und Maschinengewehre zählen. Allein durch Rüstungsexporte und Lizenzvergaben der von Heckler & Koch entwickelten „Kleinwaffen“ sind bis zum heutigen Tag mehr als 1.500.000 Menschen getötet und weitaus mehr verstümmelt worden. Aufgrund der Lizenzvergaben, beispielsweise für das G36-Gewehr, werden zukünftige Waffenexporte der Lizenznehmer anderer Staaten unkontrollierbar.

Besonders brisante Rüstungsexporte werden im geheim tagenden Bundessicherheitsrat unter Führung der Kanzlerin und acht Ministern entschieden, die gebotene Transparenz fehlt. Auch die Mitbestimmung der Abgeordneten des Deutschen Bundestags wird bei Rüstungsexporten weitgehend verweigert, Demokratie damit ausgehebelt.

Um dieser dramatischen Entwicklung Einhalt zu gebieten, handelt die Friedens- und Menschenrechtsbewegung: Zum 1. September 2010, dem Antikriegstag, startet die neue Anti-Rüstungs-

exportkampagne „AKTION AUFSCHREI – Rüstungsexporte ächten, den Opfern eine Stimme geben!“ (AA!) Wir wollen uns mit Kirchen und Gewerkschaften, Frauen- und Dritte-Welt-Organisationen, Parteien und allen Interessierten einer kritischen Öffentlichkeit verbünden und gemeinsam gegen Waffenexporte aufschreien.

Mit „AKTION AUFSCHREI!“ wollen wir unserer moralischen Entrüstung über Rüstungsexporte Ausdruck verleihen. Dabei setzt sich unsere Kampagne mit „Rüstungsexporte ächten, den Opfern eine Stimme geben“ zwei zentrale Schwerpunkte. Auf der Mitgliederversammlung des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.) wurde „AKTION AUFSCHREI!“ am 13. Februar 2010 einstimmig befürwortet. In den kommenden Monaten werden wir die AA-Kampagne vorbereiten, Unterstützer/innen und Unterstützerorganisationen werben, einen Kampagnenrat gründen und die zentralen Aktionen abstimmen. Alle Interessenten können sich in den E-Mail-Verteiler aufnehmen lassen.

Beginnend im Frühjahr 2010 führen wir Aufschrei-Interviews mit Prominenten und Fachleuten durch, die mit dem offiziellen Kampagnenstart am 1. September 2010 als „Aufschrei-Interview der Woche“ auf der Website [www.aktion-aufschrei.de](http://www.aktion-aufschrei.de) publiziert werden. Für den Herbst 2010 sind erste öffentliche Veranstaltungen in den Friedenswochen geplant.

Zur Ächtung von Rüstungsexporten wollen wir beispielsweise Aktionen vor dem Bundeswirtschaftsministerium in Berlin, Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Eschborn, vor rüstungsproduzierenden Unternehmen wie Heckler & Koch, Daimler/EADS und anderen, bei den Hauptversammlungen der Daimler AG im April 2011/2012 und von EADS N.V. im Mai 2011/12 durchführen. Kreative und künstlerische Aktionen, u. a. ein Theaterstück, sollen begleitend stattfinden.

Wir wollen den Opfern eine Stimme geben. Hierzu wollen wir die Situation in den Empfängerländern deutscher Waffen aufzeigen, konkrete Opferbiografien publizieren, medizinische Bulletins aus Empfängerländern deutscher Waffen publik machen und Rundreisen von Opfern deutscher Rüstungsexporte organisieren.

Ein Ansatzpunkt bietet auch der 10. Dezember eines jeden Jahres, der internationale Tag der Menschenrechte. An diesem Tag sollen die Opfer deutscher Waffenexporte in den Mittelpunkt gerückt werden.

Auf Rundreisen von Ärzt/innen, Friedensforscher/innen und Opfern aus den Einsatzgebieten deutscher Waffen wollen wir in den Jahren 2011 und 2012 den Betroffenen Stimme und Gesicht in Deutschland geben. Zugleich ist die Internationalisierung der AA-Kampagne in Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen in aller Welt, z. B. IANSA, War Resisters' International und ENAAT, geplant. Auch mit Vertretern der Vereinten Nationen wollen wir in Kontakt treten. Aufschrei-Interviews sollen in dieser Phase auch mit Friedensnobelpreisträgern und Regierungsvertretern in aller Welt geführt werden. Nur wenn es uns gelingt, die Anti-Rüstungsexportkampagne international zu verankern, haben wir eine reelle Chance, Rüstungsexporte zu mindern und letztlich zu stoppen.

Zur Finanzierung der Kampagne sollen AA-Patinnen und AA-Paten gewonnen werden. Finanzielle Zuwendungen können auf den Opferfonds des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen (DAKS-Fonds) erfolgen. Kommt genügend Geld zusammen, kann die anfangs weitgehend ehrenamtliche Koordination der AA-Arbeit finanziert werden.

Außen- und Wirtschaftspolitik muss sich als glaubwürdige Friedenspolitik an humanitären Werten orientieren. Sie muss die Würde und das Leben aller Menschen achten – auch das der unschuldigen und wehrlosen Opfer in den Empfängerländern der Waffen und Rüstungsgüter. Mit „AKTION AUFSCHREI!“ wollen wir den Handlungsdruck auf die politisch Verantwortlichen massiv erhöhen. Nur so kann es gelingen, die politisch Verantwortlichen zur Umkehr zu bewegen und die notwendigen Rahmenbedingungen zur Rüstungskonversion, also zur Umstellung auf eine sinnvolle zivile Fertigung, zu schaffen. Hierzu bedarf es eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses der Friedens- und Menschenrechtsbewegung, von Kirchen, Gewerkschaften und Vertretern politischer Parteien. Interessierte Organisationen und Einzelpersonen sind gerne zur aktiven

Mitarbeit aufgerufen. Bitte wenden Sie sich an das RüstungsInformationsBüro ([RIB](#)).

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK, Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD) und des Deutschen Aktions-

netzes Kleinwaffen Stoppen (DAKS) sowie Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros ([RIB e.V.](#)). Er hat eine Vielzahl kritischer Sachbücher über die Rüstungs-, Militär- und Wirtschaftspolitik verfasst. Ende 2009 erhielt er den „Preis für Zivilcourage“ der Solbach-Freise-Stiftung. Kontakt: [j.graesslin@gmx.de](mailto:j.graesslin@gmx.de), Website: [www.juergengraesslin.com](http://www.juergengraesslin.com)

## 2. Deutsche Rüstungsexporte im Jahr 2008

von Fabian Sieber

„Waldsterben!“ lautete Anfang der 1980er Jahre ein Warnruf, der die deutsche Gesellschaft alarmierte. Der eiligst erstellte erste Waldschadensbericht der Bundesregierung, der im Jahr 1984 herausgegeben wurde, zeichnete ein katastrophales Bild der Situation der deutschen Wälder. Im unmittelbaren Zusammenhang der Diagnose kam wissenschaftliche Kritik am angewandten Diagnoseverfahren, dem Blatt-Nadel-Verlust-Verfahren, auf (vgl. [Die Zeit](#), 2004). Während Umweltverbände Schreckensszenarien entwarfen, versuchten Experten die öffentliche Debatte zu beruhigen, indem sie für aussagekräftigere Messverfahren plädierten und zu bedenken gaben, dass definitive Urteile erst auf Grundlage einer ausgewogenen Datenbasis erstellt werden könnten.

Am 15. März hat das schwedische Friedensforschungsinstitut [SIPRI](#) eine Analyse des Weltrüstungsmarktes veröffentlicht, laut der Deutschland seine Waffenexporte im Zeitraum von 2005 bis 2009 mehr als verdoppelt hat und mit einem Weltmarktanteil von 11% heute der weltweit drittgrößte Exporteur von Rüstungsgütern ist.

Das [Bundeswirtschaftsministerium](#), in dessen Aufgabenbereich die Erhebung von Daten über deutsche Waffenexporte fällt, hat dem Bericht sofort und unter Hinweis auf die angeblich dem Untersuchungsgegenstand nicht angemessenen Analysemethoden von SIPRI widersprochen.

Mit dem nun veröffentlichten [Rüstungsexportbericht](#) der Bundesregierung für das Jahr 2008 ist es, zwei Wochen nach diesem Schlagabtausch, theoretisch möglich, die Validität der jeweils vorgetragenen Argumente nachzuprüfen. – Doch wer einen Blick in den 130-

seitigen Bericht wirft, kann sich leicht im Dickicht der Tabellen und Grafiken verlaufen und am Ende sieht man den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr.

Wir erinnern uns, laut der Pressemitteilung von Staatssekretär Dr. Pfaffenbach sind deutsche Rüstungsexporte aus vier Gründen unproblematisch: weil sie (1) vor allem in EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte-Staaten erfolgen; weil (2) der Umfang der Rüstungsexporte von Jahr zu Jahr teils erheblichen Schwankungen unterworfen ist; weil (3) der Anteil der Rüstungsexporte an den deutschen Gesamtexporten nur 0,14% beträgt und weil (4) bei allen Exporten in Drittstaaten die Politischen Grundsätze aus dem Jahr 2000 beachtet werden und das Parlament zeitnah und transparent über alle genehmigten Exporte unterrichtet wird.

Natürlich sind alle vorgetragenen Argumente zutreffend. Sogar der Hinweis auf die Transparenz der deutschen Behörden, hinsichtlich ihrer Exportpraxis. – Wenn man den nun endlich veröffentlichten Rüstungsexportbericht als zeitnahe und umfassende Information verstehen möchte. – Aber macht das irgendetwas besser?

Gemäß den [Politischen Grundsätzen](#) ist es tatsächlich vorgesehen, dass Rüstungsexporte aus Deutschland in NATO- und NATO-gleichgestellte Staaten sich an den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik orientieren und deshalb „grundsätzlich nicht zu beschränken“ sind (vgl. Abschnitt II,1). Gemäß diesem Grundsatz wurde im Jahr 2008 der Export von Kleinwaffenmunition im Wert von etwa 75 Millionen Euro in die USA genehmigt.